

Chronik der 60er Jahre – Oppositionelle Bewegungen

Jahr	Datum	Ereignis
1960	Februar/März	Protestaktionen von Gewerkschaftern in verschiedenen Orten der BRD gegen das geplante Gesetz zur Einführung einer Kostenbeteiligung an der Krankenversicherung. Großkundgebung mit 40 000 Teilnehmern am 16.2. in Mannheim (Tag vor der ersten Lesung des Gesetzes im Bundestag)., am 18.3. mit 30 000 Teilnehmern in Frankfurt/M. Der Gesetzentwurf sieht eine Kostenbeteiligung der Patienten bei Krankenhausaufenthalt sowie ärztlichen Untersuchungen und Medikamenten und die Wiedereinführung der "Karentage" (Krankengeld erst ab dem 3. Krankheitstag) vor.
1960	2./3. April	Auf dem Bezirksparteitag Hessen-Süd der SPD in Offenbach/Main äußert sich starke Kritik am gegenwärtigen Kurs der Parteiführung. Gefordert wird eine Überprüfung der außenpolitischen Konzeption der Partei und eine deutliche Alternative zur Politik der CDU/CSU, verbunden mit nachdrücklicher Ablehnung der von einigen SPD-Politikern angedeuteten Pläne für eine "große Koalition".
1960	15. - 18. April	Erster Ostermarsch der Atomwaffengegner in der BRD von Hamburg, Bremen, Hannover, Lüneburg und Braunschweig als Sternmarsch nach dem Raketenabschussplatz Bergen-Hohne (Kreis Celle).
1960	Anfang Mai	Die Bundesjugendkonferenz der IG Metall in Bochum fordert Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften gegen die von der Bundesregierung betriebene Politik der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr.
1960	9./10 Juli	Auf Unterbezirksdelegiertenkonferenzen der SPD in München und Frankfurt/Main erhebt sich starke Kritik an der Politik der Parteiführung. In Resolutionen werden der Schwenk vom 30. Juni (Zustimmung zur NATO und Wiederbewaffnung) sowie die angekündigte Zustimmung zu den Notstandsgesetzen verurteilt und Kampfmaßnahmen gegen die atomare Aufrüstung und die Lagerung von US-Atomwaffen auf deutschem Boden gefordert.
1960	24. Juli	2000 vorwiegend junge Menschen verhindern aufgrund eines Aufrufs des DGB und der Arbeitsgemeinschaft hessischer Arbeiterjugendverbände durch eine Demonstration ein Treffen des "Kyffhäuser-Jugendbundes" in Braunfels/Lahn-Dill-Kreis.
1960	Ende August	Erster Besuch einer sowjetischen Jugenddelegation beim Hamburger Landesjugendring aufgrund einer vielumstrittenen Einladung des HLJR an den Leningrader Komsomol gegen den Protest der Katholischen Jugend und der Jungen Union auf Initiative des Landesjugendringvorsitzenden Pastor Binder (Evangelische Jugend). An einer Veranstaltung während des Besuchs beteiligte sich auch der Hauptgeschäftsführer des Bundesjugendrings, Heinz Westphal (SPD). Das zaghafte Pilotunternehmen für eine Ost-West-Begegnung auf offizieller Jugendringebene fand seine Fortsetzung durch einen Gegenbesuch des HLJR in Leningrad auf Einladung des dortigen Komsomol im Frühjahr 1961.
1960	17. - 22. Oktober	6. Gewerkschaftstag der IG Metall in Westberlin ruft nach einem Grundsatzreferat von O. Brenner zum Kampf gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr und gegen die geplante Notstandsgesetzgebung auf.
1960	5./6. November	Gründungskongress der "Vereinigung unabhängiger Sozialisten" (VUS) in Dortmund als Vereinigung von aus der SPD ausgetretener und ausgeschlossener Sozialdemokraten (Agartz, Gleissberg, Berg, Schirmacher u.a.)
1960	20. November	Die außerordentliche Bundeskonferenz der SJD "Die Falken" in Kassel stimmt einem Antrag aus Ostwestfalen-Lippe zu und fordert in einer EntschlieÙung u. a. den "Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf

		jede atomare Auf- und Ausrüstung und die Lagerung von atomaren Sprengkörpern auf deutschem Boden" sowie die "Sicherung der demokratischen Grundrechte durch Verhinderung eines neuen Ermächtigungsgesetzes, genannt Notstandsgesetz".
1960	17. Dezember	Gründung der "Deutschen Friedens-Union" (DFU) auf Kongress in Stuttgart unter führender Beteiligung von Prof. Renate Riemeck, Prof. G. Gollwitzer und Karl Graf v. Westphalen mit dem Ziel der Vereinigung aller oppositionellen Kräfte gegen die Bonner Atomkriegspolitik - "Stuttgarter Manifest" - Diskussion über die Möglichkeit der Kandidatur bei den nächsten Bundestagswahlen (Herbst 1961).
1961	13. Januar	DDR-Volkskammerpräsident J. Dieckmann (LDPD) spricht auf Einladung des LSD (Liberalen Studentenbundes) in Marburg.
1961	7. März	Bauernproteste gegen die Agrarpolitik der Bundesregierung – Kundgebung in der Dortmunder Westfalenhalle mit 20 000 Teilnehmern.
1961	30. März - 3. April	Vier regionale Ostermärsche der Atomwaffengegner in der BRD (von Bergen-Hohne nach Hamburg, Bremen, Hannover und Braunschweig; von Bochum, Essen, Recklinghausen, Wuppertal und Münster nach Dortmund; von Miltenberg (Main) nach Offenbach, Frankfurt/M., Heidelberg, Mannheim, Heilbronn, Stuttgart, Würzburg; von Ingolstadt nach Augsburg, München, Nürnberg, Regensburg) mit insgesamt ca. 7500 Marschteilnehmern und 20 000 auf den Kundgebungen..
1961	6. November	Parteivorstand der SPD beschließt Ausschluss von W. Abendroth, H. Düker, O. Flechtheim, J. Heydorn, H. Maus u. G. Wünsch aus der SPD wegen Förderung des SDS nach dem Bruch der SPD mit diesem.
1962	11. Januar - 10. Februar	Streikbewegung in der baden-württembergischen Metallindustrie setzt eine Lohnerhöhung von 6 Prozent durch. Die ursprüngliche Forderung lautete auf 10 %, Gesamtmetall bot nur 1,5 % an. Erste Welle von Demonstrationen und Kundgebungen mit parallelen Kurzstreiks in über 70 Städten des Landes, an denen mehrmals 500 000 Metallbeschäftigte teilnehmen. Am 25.1. erneute Warnstreiks, die die Unternehmer am 31.1. mit einer Aussperrungsdrohung beantworten. Bei der Urabstimmung am 2.2. sprechen sich rd. 90 % der Beschäftigten für den Streik aus. Unter dem Druck der Kampfbereitschaft erhöhen die Unternehmer ihr ursprüngliches Angebot auf 6 %. Der Hauptvorstand der IGM verzichtet am 5.2. trotz des Ergebnisses der Urabstimmung auf die Ausrufung des Streiks und stimmt am 10.2. dem 6-%-Abschluss zu.
1962	7. April	Kundgebung der IG Bergbau in Dortmund unter Teilnahme von rd. 20 000 Bergarbeitern - Zurückweisung der Angriffe Erhards auf die Gewerkschaften.
1962	13./14. April	5. Bundesjugendtreffen des DGB in Westberlin - Die Mehrheit stimmt gegen atomare Aufrüstung und Notstandsgesetze, obwohl führende DGB-Funktionäre um Verständnis für die Anpassung der Gewerkschaftsführung an die von der SPD betriebene Politik der "Gemeinsamkeit" mit der CDU werben.
1962	18. April	Auf einer Funktionärskonferenz des Landesbezirks Bayern des DGB mit 1200 Teilnehmern wird entschieden Front gemacht gegen die Angriffe Erhards auf die Gewerkschaften und von der DGB-Führung ein entschlossenes Handeln verlangt.
1962	21./23. April.	Ostermärsche der Atomwaffengegner mit 17 Marschsäulen. Bekannte Persönlichkeiten unterstützen den Aufruf des Kuratoriums für den Ostermarsch (E. Kästner, R. Jungk, St. Andres, Prof. H. Gollwitzer, B. Russel) - Abschlusskundgebungen mit rd. 50 000 Teilnehmern in Bremen, Hamburg, Hannover, Dortmund, Frankfurt/M., Stuttgart, Nürnberg, München.
1962	29. April - 10. Mai	Erneuter Metallarbeiterstreik in Baden-Württemberg wird von den Unternehmern mit Massensperrung beantwortet. Der Kampf endet mit einem Teilerfolg für die Gewerkschaften.
1962	1. Mai	Die Maikundgebungen werden vom DGB-Bundesvorstand unter die

		Losung "Nicht Atomwaffen - nicht Völkermord, sondern Abrüstung und Völkerfrieden" gestellt.
1962	8. - 15. Mai.	Streikbewegung der Bergarbeiter der staatlichen Saarbergbau AG erzwingt Lohn- und Gehaltserhöhung von 8 % (anstelle der vorge-schlagenen 3 %).
1962	26. - 30. Mai	Auf dem Parteitag der SPD in Köln wird eine stärker werdende Oppo-sition gegen den Kurs der Parteiführung auf Zusammenarbeit mit der CDU/CSU und die Zustimmung zu den Notstandsgesetzen sowie die Bejahung der NATO-Mitgliedschaft und die Verlängerung der Wehr-pflicht sichtbar. 61 Anträge mit entsprechenden Inhalten werden jedoch von der Parteitagsregie durch die mehrheitliche Annahme von politi-schen Entschlüssen im Sinn der PV-Politik als "erledigt" erklärt. Die Entschlüsselung zu den Notstandsgesetzen wird gegen 30 Stimmen (von 342 Deleg.) angenommen. Am Rand des Parteitags wird bekannt, dass seit dem Godesberger Parteitag 1959 etwa 30 000 Mitglieder wegen oppositioneller Haltung ausgeschlossen worden sind.
1962	9. Juni	Auf einer Kundgebung von 6000 jungen Gewerkschaftern aus Bayern, Hessen, dem Saarland sowie aus Österreich und der Schweiz in Nürn-berg, auf der der bayerische DGB-Landesvorsitzende Linsert spricht, wird gegen Aufrüstung und Wiederbelebung des Faschismus demon-striert.
1962	14. - 29. Juni	Lohnkampf im Ruhrbergbau - Streikurabstimmung ergibt 97,5 % für Streik. Die IG Bergbau verschiebt jedoch den Streikbeginn und handelt in der Zwischenzeit unter Einschaltung von Arbeitsminister Th. Blank einen Kompromiss aus (Lohnerhöhung um 8 Prozent statt der geforder-ten 10 %). Bei der zweiten Urabstimmung sprechen sich nur 30,6 % der Abstimmenden für Annahme, 35,2 % für Ablehnung aus, während 34 % nicht an der Abstimmung teilnehmen. Damit ist nach den Statuten der IG Bergbau die Mehrheit für einen Streik nicht mehr gegeben.
1962	Juli	"Aktion Igel" der Deutschen Postgewerkschaft (Arbeitslangsam-Streik durch "Dienst nach Vorschrift", mit der das Streikverbot für Beamte unterlaufen wird).
1962	24. Juli	Beschluss des DGB-Bundesausschusses über die Zulässigkeit eines "allgemeinen (politischen) Streiks", wenn die "demokratische Grund-ordnung" oder die demokratischen Grundrechte der Verfassung bedroht sind.
1962	29. Juli - 6. August	VIII. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Helsinki mit einer breiten Reisegruppe von Teilnehmern aus der BRD.
1962	August	"Aktion Adler" der Eisenbahnergewerkschaft (nach dem Muster der "Aktion Igel" bei der Post im Juli).
1962	28. August	Parteirat der SPD beschließt nach interner Debatte entgegen früheren Zustimmungserklärungen, die Notstandsgesetze "in der gegenwärtig vorliegenden Form" abzulehnen.
1962	3. September/22. Oktober	Streik in der Papierindustrie in Norddeutschland und Rheinland-Pfalz für Lohnerhöhungen führt zu einem Kompromissergebnis von 9 % Lohnerhöhung (statt der geforderten 12 %).
1962	3. - 8. September	7. Gewerkschaftstag der IG Metall in Essen wendet sich entschieden gegen die Notstandsgesetze und die restaurative Entwicklung in der BRD.
1962	17. - 23. September	Auf dem 6. Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) in Kassel gibt der Vorsitzende Philip Seibert eine Erklärung gegen die Notstandsgesetze ab und kündigt Streiks im Fall ihrer Annahme durch den Bundestag an. Am Ende wird jedoch eine Entschlüsselung angenommen, in der die DGB-Führung für die Stellungnahme zu den Notstandsgesetzen für zuständig erklärt wird.

1962	30. September - 3. Oktober	6. Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Stuttgart beschließt Ablehnung der atomaren Aufrüstung der Bundeswehr und jeglicher Notstandsgesetzgebung.
1962	22. - 27. Oktober	6. Ordentlicher Bundeskongress des DGB in Hannover mit starken Auseinandersetzungen um die Rolle der Gewerkschaften als "Kampforganisation" oder sozialpartnerschaftlichem "Ordnungselement" - Die Mehrheit der Delegierten unterstützt die kritische Haltung von Brenner, Essl, Wöhrle, Gefeller u.a. gegen die DGB-Spitze um W. Richter und G. Leber, lehnt mit 276 zu 138 Stimmen jede Notstandsgesetzgebung ab und fordert von der Bundesregierung den Verzicht auf die atomare Aufrüstung der Bundeswehr sowie eine eigene Abrüstungsinitiative der BRD - Die Behandlung des Entwurfs des neuen Grundsatzprogramms des DGB wird auf einen außerordentlichen Kongress vertagt. Wahl von L. Rosenberg zum DGB-Vorsitzenden.
1962	17. November	Demonstration von ca. 2000 Bergarbeitern in Recklinghausen gegen die Schließung der Schachtanlagen "König Ludwig" der Hibernia AG.
1962	4. Dezember	Der Bundesvorstand des DGB bekräftigt auf einer Sitzung in Düsseldorf seine ablehnende Haltung zu den Notstandsgesetzen und beauftragt eine Kommission unter L. Rosenberg, diese Haltung den Bundestagsfraktionen und der Bundesregierung zu erläutern.
1963	3. Januar	Streik der 8000 Arbeiter und Angestellten der Henschel-Werke Kassel gegen beabsichtigte Lohnkürzung und Abbau von Sozialleistungen - Auf Anforderung der Direktion besetzt die Polizei die Maschinsäle - Drohung mit Entlassung der "Rädelsführer" - Das erzwingt den Abbruch des Streiks, danach verzichtet die Direktion aber auf die Kürzungen.
1963	9. Januar	Verhandlungen zwischen führenden SPD-Politikern (Wehner, Erler, Schäfer, Schmitt-Vockenhausen) und der Führung des DGB (Rosenberg, Brenner, Gefeller) über die Haltung zu den Notstandsgesetzen enden ergebnislos. Die DGB-Führung sieht sich nicht in der Lage, vom Beschluss des DGB-Bundeskongresses zu dem Thema abzugehen.
1963	12. - 15. April	Ostermärsche der "Kampagne für Abrüstung" mit der Forderung nach atomwaffenfreier Zone in Mitteleuropa.
1963	29. April - 13. Mai	Streik von 140 000 Metallarbeitern in Baden-Württemberg. Die Unternehmer reagieren mit einer totalen Aussperrung aller 400 000 Metallarbeiter (also auch der nicht Streikenden). Dennoch endet die Weiterführung des Arbeitskampfes mit der Durchsetzung höherer Löhne und der Beibehaltung der früher vereinbarten Arbeitszeitverkürzung.
1963	22. November	Außerordentlicher Bundeskongress des DGB in Düsseldorf beschließt ein neues Grundsatzprogramm des DGB, das vorher in den Gewerkschaften zum Teil starke Diskussionen ausgelöst hatte. Der Vorstoß des IG-Bau-Vorsitzenden Leber, die Gewerkschaften als "Integrationsfaktor" zu definieren, wird abgelehnt.
1964	27. - 30. März	Ostermärsche wachsen in die Breite - zunehmende Beteiligung von studentischen Gruppen, besonders SDS.
1964	Dezember	Aufruf von 1200 Persönlichkeiten gegen die Notstandsgesetze. Zu den Unterzeichnern gehören 712 Professoren und Hochschullehrer und über 200 Juristen, darunter Prof. Dr. Abendroth, Prof. Dr. Hoffmann, Prof. Dr. Fabian ("Gewerkschaftliche Monatshefte") und Prof. Dr. Ridder..
1965	16. - 19. April	Die Ostermärsche haben erstmals eine Beteiligung von über 130 000 Menschen bei rd. 300 Veranstaltungen aufzuweisen.
1965	29. Mai	Obwohl sich der SPD-Vorstand im Prinzip für eine Notstandsgesetzgebung ausgesprochen hat, entschließt er sich angesichts der starken außerparlamentarischen Bewegung und der Haltung der Gewerkschaften dafür, für eine Verschiebung der Entscheidung darüber bis nach der Bundestagswahl im Herbst 1965 einzutreten.
1965	1. Juni	Studenten-Demonstrationen gegen den "Bildungsnotstand" in 120 Städten der BRD signalisieren den Beginn der außerparlamentarischen

		Studentenbewegung.
1966	8. - 11. April	Ostermärsche mit 140 000 Teilnehmern und 700 Veranstaltungen.
1966	9. - 14. Mai	7. Bundeskongress des DGB lehnt die geplanten Notstandsgesetze ab und fordert erweiterte Mitbestimmung.
1966	16. September	Gründung des Kuratoriums "Notstand der Demokratie" in Frankfurt/M. durch demokratisch-oppositionelle Bewegungen und Persönlichkeiten ("Kampagne für Abrüstung", SDS, W. Abendroth, W. Hofmann, H. Ridder, H. Böll, M. Walser, E. Kästner, G. Benz [IGM], W. Vitt [IG Chemie] u.a. als Koordinierungsgremium der Antinotstands-bewegung.
1966	30. Oktober	Kongress "Notstand der Demokratie" in Frankfurt/M. mit Abschlusskundgebung auf dem Römerberg (30 000 Teilnehmer) unter Beteiligung führender Gewerkschafter und Intellektueller. Zu den Initiatoren gehören das Kuratorium „Notstand der Demokratie“ mit aktiver Unterstützung des SDS, der Kampagne für Demokratie und Abrüstung sowie einer Reihe von Gewerkschaftern wie Georg Benz (Geschäftsführender Vorstand IG Metall), Werner Vita (IG Chemie) und Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Justiz, Kirchen und Kultur (u.a. Prof. Ridder, Prof. Hofmann. Kundgebungsrednern ist u.a. H.M.Enzensberger.
1967	1. Januar	In der bundesdeutschen Metallindustrie wird erstmals die 40-Stunden-Woche eingeführt. Als Ausgleich für die Arbeitszeitverkürzung um 8 Stunden pro Woche verzichtete die IG Metall auf Lohnforderungen.
1967	ab Frühjahr	Zunehmende betriebliche Streikaktionen gegen Angriffe der Unternehmer auf Akkordsätze, Rationalisierungsmaßnahmen, Kürzung oder Streichung betrieblicher Sozialleistungen und übertariflicher Lohnbestandteile und anderer betrieblicher Vergünstigungen ("Sozialklimbim"). Zwischen Frühjahr 1967 und Frühjahr 1968 wurden über 200 betriebliche Abwehrstreiks gezählt, vorwiegend im Metall-Bereich, oft verbunden mit gewerkschaftlich unterstützten Demonstrationen zu den Verwaltungsgebäuden u.ä.
1967	24. - 27. März	Ostermärsche der Kampagne für Demokratie und Abrüstung
1967	Mai/Oktober	Wiederholte Aktionen von Ruhr-Bergarbeitern gegen Zechenstillegungen in Oberhausen (HOAG) und Dortmund-Huckarde (Hansa, Pluto).
1967	2. Juni	Ermordung des Studenten Benno Ohnesorg durch die Polizei bei einer Protestdemonstration gegen den Schah-Besuch in Berlin.
1967	24. Oktober/18., November	Streikurabstimmung in Begleitung von betrieblichen Warnstreiks in der niedersächsischen Gummi-Industrie (Continental u.a.) vor dem Hintergrund des am 30.4. ausgelaufenen Tarifvertrags und mehrerer ergebnisloser Verhandlungsrunden und Schlichtungsgespräche von Juli bis Oktober ergab 97 Prozent Ja. Danach Einigung der IG Chemie mit den Unternehmern am 3.11., die von 72 % in einer zweiten Urabstimmung angenommen wird - es bleibt bei den bisherigen Jahresprämien und dem bisherigen Lohn tarif bis April 1968 sowie gewissen Bestands-wahrungsfestlegungen bei Umsetzungen und Kündigungen. Der niedersächsische Abschluss führt zu Kampfmaßnahmen auch in der hessischen Gummi-Industrie (Gummiwerke Fulda, Dunlop Hanau, Veith-Pirelli Sandbach, Metzeler Neustadt, Conti Korbach), wo am 10.11. eine Streikurabstimmung stattfindet und am 13.11. ein allgemeiner Streik beginnt, nachdem es schon in den letzten Oktober-Tagen zu befristeten Streikaktionen gekommen war. Es kommt zu harten Auseinandersetzungen der Streikposten mit Streikbrechern, die von der Direktion organisiert in Bussen in die Streikposten fahren. Der Arbeitskampf wird am 18.11. mit einer Einigung auf die Übernahme des niedersächsischen Abschlusses für das hessische Tarifgebiet beendet, was u.a. eine Erhöhung der Akkordlöhne bedeutet.
1967	22. November	Gründung der "Demokratischen Linken" (DL) in Baden-Württemberg mit Blick auf die Landtagswahlen 1968 unter dem Vorsitz von Eugen

		Eberle, bekannter kommunistischer Gewerkschafter und Betriebsrat bei Bosch, später aus der KPD ausgeschlossen und nun parteiloser Stadtrat in Stuttgart.
1967	18. Dezember	Der "Spiegel" veröffentlicht einen Leserbrief von Irma Dehler, Frau des früheren Bundesjustizministers Thomas Dehler, in dem sie auf eine selbstkritische Äußerung ihres Mannes zu dem von ihm 1951 veranlassten "Blitzgesetz" (Strafrechtsänderungsgesetz mit Einführung neuer politischer Straftatbestände) verwies, die dieser in der Weihnachtsnummer 1965 der Zeitung "Christ und Welt" veröffentlicht hatte. Dehler schrieb darin, dass alle die an dieser Gesetzgebung beteiligt waren, bekennen müssen, "dass sie, teils aus Unsicherheit, teils aus Übereifer, unzulängliche Gesetzgeber gewesen sind, die Tatbestände nicht hinreichend bestimmt oder zu weit gedehnt, am Ende das Strafrecht zu einer Waffe ideologischer Auseinandersetzung gemacht und in der Praxis der Rechtsprechung zu Missverständnissen und Fehlentwicklungen Anlaß gegeben haben".
1968	28. Januar	"Aufruf zur Gründung einer revolutionären sozialistischen Jugendorganisation" auf einer Pressekonferenz in Bonn veröffentlicht - tags zuvor Bildung eines "Gründungsausschusses" (mündet in Gründung der SDAJ).
1968	3. Februar	"Sozialistische Februarkonferenz" in Offenbach/Main, einberufen von einem Arbeitsausschuss, dem Vertreter der "Vereinigung Unabhängiger Sozialisten" (VUS), des "Sozialistischen Bundes" (SB), der "Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Opposition" (ASO), der "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Sozialisten (ADS), der Deutschen Friedensunion (DFU), des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) und des "Initiativsausschusses für die Wiedermulassung der KPD" (Kurt Erlebach) angehören. Im Ergebnis der Konferenz, bei der rd. 1500 Teilnehmer aus allen Teilen der BRD anwesend waren, wurde das "Sozialistische Zentrum" gebildet, das als Koordinierungszentrum für die Sammlung der verschiedenen sozialistisch orientierten Gruppen der außerparlamentarischen Opposition und gemeinsame Aktionen gegen die Politik der Großen Koalition wirken sollte.
1968	9./10. März	Auf einer Sitzung des Bundesvorstands der DFU wird die Frage diskutiert, wie bei den kommenden Bundestagswahlen 1969 dafür gesorgt werden kann, dass die breite außerparlamentarische Bewegung, die sich u. a. im Kuratorium "Notstand der Demokratie" und in der "Kampagne für Demokratie und Abrüstung" zusammengeschlossen hat, auch eine Vertretung im Parlament erreicht. Die DFU betont, dass sie bereit ist, sich an einem entsprechenden Bündnis gleichberechtigter Partner ohne Führungsanspruch zu beteiligen, das für alle an Demokratie, Frieden und sozialer Gerechtigkeit interessierten Kräfte offen sein müsse.
1968	11. - 14. April	Mordanschlag auf Rudi Dutschke (SDS) in Westberlin - Auslöser für die Osteraktionen 1968 vom 12.-14.4. (Anti-Springer-Aktionen, Blockade der Auslieferung der Springer-Blätter) in zahlreichen Städten der BRD. Bei den "Krawallen" (z. T. Aufbau von Barrikaden und Steinwürfe gegen das Vorgehen der Polizei) werden 575 Personen festgenommen.
1968	3. Mai	Mai 1968 in Frankreich strahlt auf die Studentenbewegung in der BRD und die außerparlamentarische Opposition insgesamt zurück.
1968	4. Mai	Auf einer Zusammenkunft des "Gießener Kreises", der von dem Marburger Soziologen Werner Hofmann im Zusammenwirken mit Prof. Abendroth geschaffen worden war, werden "Grundgedanken für einen Aufruf zur Bildung eines Wahlbündnisses" zu den Bundestagswahlen 1969 diskutiert. Am "Gießener Kreis" beteiligt sind u.a. Vertreter der DFU, des BdD, der "Kampagne für Demokratie und Abrüstung", des "Sozialistischen Büros" sowie die ehem. KPD-

		Bundestagsabgeordnete Grete Thiele und der Jurist Prof. Dr. Helmut Ridder (Gießen).
1968	4. - 5. Mai	Gründungskongress der SDAJ in Schloss Borbeck bei Essen als auf der Grundlage des Marxismus wirkender sozialistischer Arbeiterjugendorganisation in der BRD. Zum Vorsitzenden wird Rolf Priemer aus Dortmund und ein 25-köpfiger Vorstand gewählt
1968	11. Mai	Sternmarsch gegen die Notstandsgesetze in Bonn mit 70 000 Teilnehmern mit Abschlusskundgebung im Bonner Hofgarten unmittelbar vor der im Bundestag angesetzten 2. Lesung, organisiert vom "Kuratorium Notstand der Demokratie". Redner sind Rechtsanwalt Prof. Dr. Ridder, Gießen, der Schriftsteller Heinrich Böll, IG-Chemie-Vorstandsmitglied Werner Vitt, IG-Metall-Vorstandsmitglied Georg Benz, der VDS-Vorsitzende Ehmann und der SDS-Vorsitzende K. D. Wolff. Am gleichen Tag wendet sich der DGB mit einer Kundgebung in der Dortmunder Westfalenhalle gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze.
1968	19. Mai	Der Bundesvorstand des DGB lehnt es auf einer außerordentlichen Sitzung vier Tage nach der zweiten und sechs Tage vor der dritten Lesung der Notstandsgesetze im Bundestag ab, einen Streik zur Verhinderung der Notstandsgesetze auszurufen, weil er "gegen die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie" verstoßen würde, obwohl viele Gewerkschaftsgremien aller Ebenen dies gefordert hatten. Dennoch finden an verschiedenen Orten, u. a. in Frankfurt/M., Mannheim, Bochum, Köln, München, Heidenheim, Nürnberg, Hattingen, Hagen, Rheinhausen, Düsseldorf, Duisburg, Gelsenkirchen, Münster am Tag der 2. Lesung bzw. kurz danach Streiks in einigen Betrieben, verbunden mit der Teilnahme an örtlichen Kundgebungen statt.
1968	1. Juli	Auf einer Pressekonferenz in Bonn wird von Prof. Werner Hofmann (Direktor des Soziologischen Instituts der Uni Marburg) namens des "Gießener Kreises" ein "Aufruf zu einem Wahlbündnis für 1969" vorgestellt. Zu den ersten Unterzeichnern gehören Prof. Dr. W. Abendroth, Prof. Dr. O. Flechtheim, Marburg, der Philosoph Prof. Dr. E. Bloch, , der ehem. SPD-Bundestagsabgeordnete und DFU-Direktoriumsmitglied Arno Behrisch, die Schriftsteller M. v. d. Grün, F. Arnau, F. Raddatz, P. Rümke, G. v. Uexküll, G. Wallraff und M. Walser, die Rechtsanwälte H. Hannover und W. Ammann, die Theologen M. Niemöller und H. Mochalski sowie mehrere Betriebsräte und Betriebsratsvorsitzende verschiedener Großunternehmen und Gewerkschaftsfunktionäre, ASTA-Vorsitzende und die Kommunistin Grete Thiele.
1968	28. Juli - 6. August	Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Sofia mit 20 000 Teilnehmern aus 142 Ländern der Welt. Aus der BRD nimmt eine 500 Teilnehmer umfassende Gruppe von Jugendlichen und Studenten aus der BRD teil, die unterschiedlichen Jugendverbänden angehören und deren Teilnahme vom „Arbeitskreis Festival“ organisiert worden war. Dem Arbeitskreis gehörten an: SDAJ, SDS, SHB, Jungdemokraten, Liberaler Studentenbund, Deutsche Jugendgemeinschaft, Freigeistige Jugend Hamburg, Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler, Arbeitsgemeinschaft politischer Jugendclubs NRW; Arbeitsgemeinschaft "pläne", Jugendmagazin "elan", Vertreter der DFU und der VVN. Außerdem nahmen Vertreter von zehn Mitgliedsorganisationen des Bundesjugendringes (Evangelische Jugend, Katholische Jugend, Schreberjugend, DAG-Jugend, Alpenvereinsjugend, Naturfreundejugend, zwei Pfadfinderringe, Solidaritätsjugend, "Falken") sowie die Jusos, der VDS und die Deutsche Friedensgesellschaft und eine 16-köpfige Beobachtergruppe der DGB-Jugend im Rahmen der BRD-Gruppe am Sofioter Festival teil. Angesichts der Unterschiedlichkeit der politischen Ansichten gab es innerhalb der BRD-Teilnehmer in

		Sofia teilweise heftige Auseinandersetzungen um "Störaktionen", die von Funktionären der Bundesjugendring-Verbände, aber auch von Anhängern "ultralinker" Ansichten (so vom SDS-Vorsitzenden K.-D. Wolff) ausgingen.
1968	September	Im SDS spitzen sich die Gegensätze zwischen dem mehrheitlichen "antiautoritären Flügel" und der Minderheit marxistisch orientierter Studenten zu. Der Ausschluss von fünf marxistischen Funktionären aus dem SDS führt zu deren Zusammenschluss um die Kölner Studentenzeitschrift "facit", aus dem später der MSB Spartakus entsteht.
1968	22. September	Sitzung des Arbeitsausschusses des "Sozialistischen Zentrums" in Frankfurt/M. mit heftigen Auseinandersetzungen um Beurteilung der Ereignisse in der CSSR und des Eingreifens der Warschauer-Vertrags-Truppen. Da keine Verständigung erreicht werden konnte, auch nicht über eine Fortführung gemeinsamer Aktionen in der BRD gegen die Regierung der Großen Koalition unter Verweis auf die Tatsache, dass in der CSSR-Frage keine Übereinstimmung gefunden wurde, endete die Tagung ergebnislos. Die Vertreter des "Initiativausschusses für die Wiederezulassung der KPD" und einige andere Gruppen verließen die Versammlung.
1968	28. September	Bildung eines vorbereitenden Ausschusses für die Durchführung eines Gründungskongresses eines "Aktionsbündnisses zur Wahl 1969" durch 138 Teilnehmer einer Beratung in Duisburg, zu der Persönlichkeiten des "Gießener Kreises", darunter die Professoren Werner Hofmann und Wolfgang Abendroth, eingeladen hatten. Der Gründungskongress wurde für den 2.11.1968 in die Dortmunder Westfalenhalle einberufen.
1968	2. Oktober	Das Büro des Sozialistischen Zentrums entscheidet sich nach dem Scheitern der Sitzung vom 22.9. und der danach erfolgten Konstituierung der DKP für die Fortführung als Diskussions- und Kooperationszentrum nichtkommunistischer sozialistischer Gruppen und die Fortführung der Auseinandersetzung mit den Anhängern der DKP "auf anderer Ebene".
1968	2. November	Gründung des "Aktions- und Wahlbündnisses für den demokratischen Fortschritt" in der Dortmunder Westfalenhalle mit mehr als 2000 Teilnehmern. Diskussion in sieben Arbeitsgemeinschaften mit 126 Diskussionsrednern. Verabschiedung eines "Aktionsprogramms" mit Blick auf die Bundestagswahl 1969. Wahl eines aus 160 Personen bestehenden "Rates" sowie eines Geschäftsführenden Ausschusses. Zu den führenden Persönlichkeiten gehörten die Marburger Professoren Dr. Hofmann und Dr. Abendroth, die Mitglieder des DFU-Direktoriums (Renate Riembeck, Arno Behrisch, Lorenz Knorr, Pfarrer Heinrich Werner, Karl Graf von Westphalen), die Betriebsräte H. Bublitz und H. Lukrawka, die Gewerkschafter H. Feißt und K.P. Gewinnus, der VVN-Präsident Dr. Rossaint, der Theologe D. Pastor Niemöller, die Bundesvorsitzende der Deutschen Friedensgesellschaft H. Schulte, die Schriftsteller M. v. d. Grün und Gösta v. Uexküll, für die DKP die Bundesausschußmitglieder Grete Thiele und Kurt Erlebach. Es wird beschlossen, auf einer weiteren Tagung am 7. Dezember dem Aktions- und Wahlbündnis die vom Parteiengesetz vorgeschriebene Organisationsform zu geben, um im Bundestagswahlkampf als eigenständige Kraft teilnehmen zu können.
1968	7. Dezember	Gründung der Partei "Aktion Demokratischer Fortschritt" (ADF) in Frankfurt/M. von Teilnehmern des Dortmunder Kongresses vom 2.11., um die wahlgesetzlichen Voraussetzungen für die Beteiligung am Bundestagswahlkampf zu erfüllen. 231 stimmberechtigte Delegierte. Wahl eines Präsidiums mit Prof. Dr. Werner Bartsch, Theologe, Arno Behrisch, Direktoriumsmitglied der DFU, Artur Fritz, Betriebsratsvorsitzender in Nürnberg, Prof. Dr. Werner Hofmann, Marburg, , Erwin Seel, stellvertretender Bundesvorsitzender der SDAJ

		und Landesvorsitzender im Saarland, St. Ingbert, Grete Thiele, Wuppertal, Mitglied des DKP-Bundesausschusses, Karl Freytag, Stuttgart.
1969	1. - 20. Juni	<p>Aktion Roter Punkt in Hannover. Nach einer am 1.6. verkündeten drastischen Fahrpreiserhöhung im öffentlichen Nahverkehr durch die Hannoverschen Verkehrsbetriebe (ÜSTRA) kommt es zu einer sich täglich steigernden Protestwelle mit Demonstrationen bis zu 15 000 Teilnehmern und Gleisblockaden. Es bildet sich ein "Aktionszentrum" von 21 Organisationen, darunter AStA, Schülerorganisationen, Kampagne für Demokratie und Abrüstung, ADF und DKP, unterstützt von einer wachsenden Solidaritätsbewegung aus den hannoveraner Betrieben, Betriebsräten und Gewerkschaftern. Als die ÜSTRA-Direktion beschließt, den gesamten Straßenbahnverkehr stillzulegen, um die Protestbewegung damit zu isolieren und zum Abbruch zu zwingen, entstehen Selbsthilfeinitiativen zahlreicher Autofahrer, die durch einen Roten Punkt auf der Windschutzscheibe signalisieren, dass sie zur kostenlosen Beförderung von Fahrgästen bereit sind. Das Mitfahrangebot wird in großem Umfang angenommen. Nach elftägigem Kampf sieht sich der Stadtrat am 17.6. zum Einlenken gezwungen. Er beschließt die Einführung eines "Einheitstarifs" von 50 Pfg. und damit eine deutliche Preissenkung gegenüber bisher. Die Protestbewegung endet also mit einem vollen Erfolg, am 20.6. verläuft der Nahverkehr in der Stadt wieder normal.</p> <p>Parallel zu Hannover entsteht am 19.6. auch in Heidelberg eine Protestaktion gegen die Erhöhung der städtischen Fahrpreise mit Demonstrationen und Blockadeaktionen; am 20.6. wird der Stadtverkehr nach dem Nachgeben der Direktion wieder zu den alten Preisen durchgeführt.</p> <p>Im Juli gibt es erfolgreiche Protestaktionen gegen Fahrpreiserhöhungen ähnlicher Art in Saarbrücken und Völklingen. Das rigorose Vorgehen der Polizei gegen die Demonstrationen hatte zu einer Steigerung und Verbreiterung der Protestbewegung geführt. Nach tagelangen Auseinandersetzungen wurden auch hier die Tariferhöhungen nicht durchgesetzt bzw. zurückgenommen.</p>
1969	7. Juni	Zentrale Lehrlingsdemonstration in Köln mit 10 000 Teilnehmern, maßgeblich von der SDAJ initiiert.
1969	11. August	In der Studentenzeitschrift "konkret" wird eine Erklärung des SDS-Bundesvorstands zur Bundestagswahl 1969 veröffentlicht, in der erklärt wird, "Parlamentswahlen in hochindustrialisierten Klassengesellschaften wie der Bundesrepublik" erzeugten nur "den Schein" einer Mitbestimmung der Bevölkerung und verschleierte damit "die Klassenherrschaft des autoritär-sozialstaatlichen Kapitalismus". Der SDS werde im Wahlkampf weiterhin Aktionen organisieren, "die geeignet sind, die Illusionen über die parlamentarische Demokratie zu zerstören". Die Erklärung nimmt auch gegen die ADF und die Aufrufe der DKP zu ihrer Unterstützung Stellung, weil diese nur die Illusion erweckten, der Parlamentarismus könnte reformiert und demokratisiert werden. Die DKP verfestige damit "das parlamentarisch entpolitisierte Bewußtsein der lohnabhängigen Massen". Der SDS werde deshalb in seinen Aktionen während des Wahlkampfes "die scheinhafte Opposition der DKP ebenso entlarven wie den Schwindel der CDU/SPD".
1969	15. August	Die "Aktion Demokratischer Fortschritt" (ADF) teilt mit, daß sie in allen 248 Wahlkreisen ihre Wahlvorschläge für die Direktkandidaten bei den Kreiswahlausschüssen und in allen Bundesländern die Landeslisten bei den Landeswahlleitern eingereicht hat. Die nach dem Wahlgesetz erforderlichen Unterschriften wurden mit 100 000 weit übertroffen.

1969	2. - 19. September	<p>Septemberstreiks in der BRD - die größte spontane Streikwelle in Westdeutschland seit dem Ende des 2. Weltkriegs. In der Stahlindustrie (Ausgangspunkt bei Hoesch Dortmund - "Dortmunder Signal") und im Bergbau an der Ruhr und an der Saar legen zehntausende Beschäftigte spontan die Arbeit nieder, um angesichts der bekanntgewordenen Gewinnexplosion der Konzerne höhere Löhne durchzusetzen. Versuche, die Streiks als "kommunistisch inspirierte" illegale bzw. "wilde Streiks" zu diffamieren, scheitern. Angesichts der großen Streikbereitschaft sahen sich die Konzernchefs kurz vor der Bundestagswahl zur raschen Aufnahme von Tarifverhandlungen und zu beträchtlichen Konzessionen gezwungen, um wieder "Ruhe" herzustellen. In der spontanen Streikbewegung, die vielfach ohne Zustimmung der Gewerkschaftsführungen bzw. sogar gegen ihre ausdrücklichen Aufrufe zur Wiederaufnahme der Arbeit unter Leitung der betrieblichen Vertrauensleutekörper oder Betriebsräte stattfanden und in vielen Großbetrieben mit Betriebsbesetzungen verbunden waren, spielten die Betriebsgruppen und Betriebszeitungen der DKP eine wesentliche Rolle.</p>
1969	Mitte November	<p>In einem Schreiben an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, das von Prof. Hellmut Gollwitzer, Klaus Vack und anderen Persönlichkeiten initiiert wurde und innerhalb weniger Tage die Zustimmung von 80 Erstunterzeichnern aus dem juristischen, politischen und gewerkschaftlichen Bereich fand, wird der Erlaß einer Amnestie für Tausende vorwiegend junge Menschen in der BRD gefordert, die seit Frühjahr 1968 in Strafverfahren verwickelt wurden, weil sie im Verlauf der Osteraktionen und anderen Aktionen gegen das Demonstrations- und Versammlungsrecht sowie andere Vorschriften der "öffentlichen Ordnung" verstoßen haben sollen.</p>
1970	14. Mai	<p>Befreiung von Andreas Baader aus Gefängnishaft durch eine von Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Irene Goergens und Ingrid Schubert organisierte Aktion mit anschließender Flucht nach Jordanien - "Geburtsstunde" der RAF.</p>
1973	28. Juli - 5. Aug.	<p>X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin/DDR.</p>

Dokumentation der Karl-Liebknecht-Schule der DKP.

Der gesamte Wortlaut kann auf der Veranstaltung „40 Jahre DKP“ am 27. September 2008 in Recklinghausen erworben werden.